

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Blattes erfolgt tags vorher nachm. 4 Uhr. Abonnementspreis vierteljährlich 1.50 Mk., monatlich 50 Pf., Einzelne Nummern 10 Pf.

Alle kaiserlich. Postanstalten, Postboten, sowie die Zeitungsträger nehmen stets Bestellungen auf die „Sächsische Elbzeitung“ an. Tägliche Roman-Vergeltung. Sonnabends: „Ankündigungen“ „Unterhaltungsblatt“.

Sächsische Elbzeitung.

Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht, das Königliche Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie für den Stadtgemeinderat zu Hohnstein.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Lehmann, Schandau. — Druck und Verlag: Vogler & Feuner Nachf.

Inseraten-Annahmestellen: In Schandau: Expedition Faulenstraße 134; in Dresden und Leipzig: die Annoncen-Bureau von Haasenstein & Vogler, Invalidentank und Rudolf Mosse; in Frankfurt a. M.: G. L. Danne & Co.

Ämtlicher Teil.

Im hiesigen Güterrechtsregister ist verlaubar worden, daß die Eheleute Johannes Karl Schuster und Justine Marie Schuster beim. gew. Gebel geb. Frenzel in Altendorf durch Vertrag vom 18. September 1908 Gütertrennung vereinbart haben.

Schandau, am 14. März 1913.

Königliches Amtsgericht.

Nichtamtlicher Teil.

Politische Tagesübersicht.

† Das zum 15. Juni d. J. bevorstehende 25jährige Regierungsjubiläum des Kaisers soll, gemäß einem Wunsche des Monarchen, ohne jede öffentliche Feier begangen werden. Lediglich soll an diesem Tage, es ist ein Sonntag, bei den Gottesdiensten im allgemeinen Kirchengeläute eine Ehrbitte für den Kaiser mit ausgesprochen werden, ferner sind für den 16. Juni Schulfeiern geplant. An letzterem Tage gedenkt der Kaiser auch eine Huldigung durch die Berliner Schulkinder in einem Hofe des Berliner Residenzschlosses in Gestalt eines Ständchens entgegenzunehmen.

† Der König von Sachsen ist von seinen Besuchen bei der Erzherzogin Maria Josepha von Oesterreich in Wien und der verwitweten Großherzogin von Toskana in Salzburg wieder nach Dresden zurückgekehrt. — Er empfing am Sonnabend vormittag im Dresdner Residenzschloß den außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der französischen Republik Jules Cambot in Audienz, und nahm aus seinen Händen ein Schreiben des neuen Präsidenten der Republik, Poincaré, entgegen, in welchem Poincaré den Antritt seines Amtes anzeigt. Der Audienz wohnte der sächsische Minister des Auswärtigen Graf Bihlhorn von Eckstädt bei. An die Audienz schloß sich eine Frühstücksstunde beim König an.

* Die viel erörterte Frage der Errichtung einer Universität in Dresden ist auch vom Senat und dem Professorenkollegium der hierbei stark interessierten Königl. Technischen Hochschule eingehenden Erwägungen unterzogen worden. Dabei haben sich die beteiligten Persönlichkeiten in ihrer großen Mehrheit gegen das Dresdner Universitätsprojekt ausgesprochen; nur eine verschwindende Minderheit war dafür. Es ist hier diese Frage unter Ausscheidung der lokalen wirtschaftlichen Interessen vom wissenschaftlichen und hochschulpädagogischen Standpunkte aus und unter Berücksichtigung des Interesses der Königl. Technischen Hochschule behandelt worden. Vor allen Dingen bestrachtet man im Lehrkörper der Technischen Hochschule, daß die Knappheit der dieser Lehranstalt zur Verfügung stehenden Geldmittel durch eine zweite sächsische Landesuniversität nicht gebessert werden würde. Ferner ist u. a. betont worden, daß die Frage der Verschmelzung einer technischen und einer tierärztlichen Hochschule zu einer Universität, also einer Verbindung, die in Deutschland nirgends zu finden ist, noch zu wenig geklärt ist, um in dieser Richtung einen sicheren Schritt tun zu können.

† Reform des Wahlprüfungsverfahrens. Wie der „Deutsche Telegraph“ erfährt, hat die nationalliberale Partei des Reichstages einen Antrag eingebracht, daß die Wahlprüfungen einem besonderen Gerichtshof zu unterbreiten seien.

† Krise in der Luftschiffindustrie. In der jungen, deutschen Luftschiffindustrie ist z. Z., wie der „Deutsche Telegraph“ von gut informierter Seite erfährt, eine schwere Krise ausgebrochen. Verschiedene Luftschiffwerke, so z. B. Clouth und die Siemens-Schuckertwerke, mußten den Betrieb bereits völlig einstellen, andere haben mit den größten finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Es ist in Fachkreisen allgemein bekannt, daß die Zeppelinwerke in Friedrichshafen bereits am Ende ihrer Kraft angelangt sind und die 4 1/2 Millionen Mark, die ihnen aus der Volksspende zufließen, fast vollständig aufgebraucht haben. Allerdings liegt die Ursache dieses Mißerfolgs in einigen verfehlten Gründungen. Eine Tochtergesellschaft der Zeppelinwerke, die „Delag“ (Deutsche Luftschiffahrts-A.-G.), wurde mit einem Kapital von drei Millionen Mark ins Leben gerufen, zum Betriebe von Passagierfahrten. Diese Unternehmung hat bis jetzt knapp die Unkosten decken können. Ähnlich kritisch steht es um Luftfahrzeug-A.-G. und die Schütte-Lanz-Werke können gleichfalls nur durch die dauernde Unterstützung der

Lanz'schen Werke in Mannheim bestehen. Die Schwierigkeiten, unter denen die deutsche Luftschiffindustrie zu leiden hat, werden veranlaßt durch das Verbot der Heeresverwaltung, Lieferungen nach dem Ausland anzunehmen. Diesen Ausfall durch entsprechende Subventionen zu decken, war aber der Heeresverwaltung bislang nicht möglich. Man setzt daher große Hoffnungen auf das kommende Luftflottengesetz.

* Die Steuer der Kinderreichen. Eine beachtenswerte Zuschrift veröffentlicht die „Köln. Volkszeitung“. Darin wird nämlich aufmerksam gemacht auf das Opfer, das dem Vaterland kinderreiche Familien durch ihre wehrpflichtigen Söhne ohnehin bieten, und folgerichtig vorgeschlagen, bei der Vermögensabgabe die Kinderreichen zu schonen: „Den kinderreichen Familien wird die Erhöhung des Friedensstandes unserer Wehrmacht um mehr denn 80 000 Mann starke Lasten bringen. Sie werden hauptsächlich die Soldaten stellen müssen, besonders das Land, dessen Söhne in erhöhter Weise waffentauglich sind. Rechnet man für das Soldatenjahr 200 Mark, so fallen auf den Soldaten 400 Mark Zuschuß von Seiten der Familie. Bei Ausbruch eines Feldzuges werden die kinderreichen Familien die größere Anzahl der Gefallenen betrauern müssen. Dies alles ertragen sie ohne Murren, da es sich um das Vaterland handelt. Bedenklich aber wäre es, wenn die neue Kriegsteuer mechanisch von der Höhe des Besitzes genommen werden sollte, so daß A, der von 8 Kindern drei Soldaten stellt, bei gleichem Besitz ebensoviel Kriegsteuern zu zahlen hätte, als B, der kinderlos ist. Das wäre eine unerträgliche Mehrbelastung der kinderreichen Familien, die um so weniger am Plage ist, als die Verteidigung des Vaterlandes auch den Kinderarmen und Kinderlosen zugute kommt. In ganz Deutschland ist ein starker Rückgang in der Kinderzahl der Einzelheer bemerkbar. Das Reich würde diesen Rückgang nur fördern, wenn es bei der Kriegsteuer auf die Größe der Familie nicht Rücksicht nähme. Es muß also eine Abstufung der Kriegsteuer nach der Anzahl der Kinder eintreten.“ — Das ist alles sehr verständlich und billig gedacht. Hier könnte, meinen die „Hamb. Nachr.“, der Anfang gemacht werden mit einer klugen Befreiung gegen den Rückgang der Geburten. Die Kinderreichen entlasten, die Kinderlosen stärker heranziehen, die Hagestolze aber, die sich der Sorge für eine Familie überhaupt entziehen, desto tüchtigere Lasten für die Allgemeinheit tragen lassen. So machtens die als Befreiher immer noch vorbildlichen Römer. Dies Verfahren verspricht zugleich sicherere Erfolge als allerlei Verbote, wie sie ins Kurpfuschergesetz hineingeheimnist werden sollten.

* Freibriefverfahren für Privatangestellte werden von der Reichsversicherungsanstalt mit dem 1. April aufgenommen werden, um die infolge einer Erkrankung drohende Berufsunfähigkeit eines Versicherten abzumenden oder den Empfänger eines Ruhegeldes wieder berufsfähig zu machen.

Oesterreich-Ungarn.

* Für das Tschechien. Das tschechische Nationaltheater in Prag bekommt eine städtische Jahressubvention von 40 000 Kronen, die ihm um weitere 15 000 Kronen erhöht wurde. Das Deutsche Theater, das das gleiche Anrecht hätte, genießt nur Schikanen. Und die Deutschen zahlen gut zwei Fünftel der Gemeindefumlagen.

* Der deutsche Volksrat in Böhmen hat auf Anregung des Leitmeritzer Ortsrates die Lösung ausgegeben, zur hundertjährigen Gedenkfeier an die Befreiung des deutschen Volkes am 17. März in ganz Deutschböhmen Höhenfeuer anzuzünden.

Rußland.

† Mit der angekündigten Demobilisierung Russlands ist noch immer nicht begonnen worden, doch sollen die Befehle zur Wiederentlassung der eingezogenen Reservisten nächster Tage den betreffenden Truppenkommandos zugehen. Im ganzen dürfte die Durchführung der Demobilisierungsmaßregel etwa drei Wochen in Anspruch nehmen. — Der sonderbare Streit zwischen Petersburg und Wien über den Zusatz zur russisch-österreichischen Rundmachung über die beiderseitige Abrüstung, der in Wiener Regierungskreisen so verstimmt hatte, ist noch immer nicht abgeschlossen. Von russischer diplomatischer Seite wird jetzt erklärt, der bewohnte Zusatz sei vor seiner Veröffentlichung dem Botschafter Oesterreich-Ungarns in Petersburg mitgeteilt worden und letzterer habe keine Einwendungen gegen den Inhalt erhoben.

Anzeigen, bei der weiten Verbreitung d. Bl. von großer Wirkung, sind Montags Mittwochs und Freitags bis spätestens vormittags 9 Uhr aufzugeben. Preis für die 5 gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. (tabellarische und komplizierte Anzeigen nach Uebereinkunft.) Auswärtige Anzeigen 20 Pf.

„Eingefandt“ und „Reklame“ 50 Pf. die Zeile.

Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Alle 14 Tage: „Landwirtsch. Beilage.“

England.

† Der deutsche Botschafter Fürst Lichnowsky hat auf dem Bankett der vereinigten britischen Handelskammern eine Ansprache gehalten, in der er erklärte, daß neben dem Kriege für den Handel und die Entwicklung eines Landes nichts gefährlicher sei als der vernichtende Einfluß internationaler, diplomatischer Verwickelungen. Imposante Zahlen illustrieren die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und England. Handelskonkurrenz sei nur eine Seite der ewig menschlichen Rivalität. Sie brauche aber keinesfalls Zwist zwischen zwei Staaten zu schaffen. Beweis dafür sei die alte Freundschaft zwischen England und den Vereinigten Staaten. In friedlicher Weise möge diese Konkurrenz zwischen Deutschland und England bestehen, nicht nur im Interesse beider Staaten, sondern zum Wohle der ganzen Menschheit.

Die englische Regierung plant, nach einer Zeitungs-meldung, die Errichtung eines besonderen Ministeriums für die Luftschiffahrt.

† Der neue englische Flottenvoranschlag weist ein Mehr von 2 944 525 Pfd. Sterling gegenüber dem Etat für 1912/13 auf, trotzdem halten die Londoner Blätter zum Teil diese Erhöhung des Marinebudgets noch für ungenügend. Von offiziöser Londoner Seite wird allerdings die Unzufriedenheit mit den Forderungen des neuen englischen Marineetats als ungerechtfertigt bezeichnet.

Frankreich.

† In Frankreich steht neben der Einführung der dreijährigen Dienstzeit auch ein wichtiges politisches Problem, die Wahlreform, zur Entscheidung. Zurzeit berät der Senat die Wahlreformvorlage, wobei von radikal-sozialistischer Seite heftige Angriffe auf den Regierungsentwurf unternommen werden. Die Möglichkeit eines Scheiterns des Wahlreformentwurfes im Senat ist keineswegs ausgeschlossen, die Ablehnung dieser Vorlage würde mit Sicherheit eine Kabinettskrise zur Folge haben. — Die Budgetkommission der Deputiertenkammer hat die Rückstundkredite mit 27 gegen 4 Stimmen unter Abstrich von 80 Millionen Franks von der Regierungsforderung angenommen.

* In Frankreich kam es wegen der Frage der dreijährigen Dienstzeit zu blutigen Zusammenstößen zwischen Nationalisten und Sozialisten.

* Mannschafsmangel in der französischen Marine. Aus Toulon wird gemeldet, daß vier neue Unterseeboote vom Typ „Mose“ ihre Übungen einstellen mußten, weil man Offiziere und Mannschaften für den Dienst an Bord der Linienfahrzeuge benötigte. Der Effektivstand der Hochseeflotte weist so empfindliche Lücken auf wie nie zuvor.

Spanien.

* Der spanische Ministerpräsident, Graf Romanones, erklärte, daß Spanien in keiner Weise über den Abschluß von Bündnissen unterhandle.

Zur Balkanfrage.

— Adrianopel an der Grenze der Widerstandskraft. Die Südslawische Korrespondenz meldet aus Konstantinopel: „An maßgebenden Stellen scheint man mit der Möglichkeit der Uebergabe von Adrianopel sich mehr und mehr zu befassen, da man keine Hoffnung mehr hat, daß angesichts der Haltung der Balkanstaaten ein beschleunigter Friedensschluß zustande kommen könnte, andererseits die Widerstandskraft nicht mehr weit von der äußersten Grenze entfernt ist. Die bulgarische Belagerungsarmee wird unmittelbar nach Durchführung der Artillerieausstellung einen konzentrierten Angriff gegen die Festung vornehmen. Der Fall von Adrianopel könnte im übrigen die Situation der gegenwärtigen Regierung in ihrem Bestreben nach Friedensschluß nur erleichtern.“

— Adrianopel in Gefahr! Aus Konstantinopel meldet die „Köln. Ztg.“: Schickri ersuchte durch Funk-spruch angesichts des herrschenden Typhus, Scharbuts, sowie des Mangels an Lebensmitteln und Schießbedarfs, unverzüglich Frieden zu schließen, um die Uebergabe zu vermeiden. Die innere Lage der Türkei ist völlig ver-wirrt. Die Verhaftungen auch von Offizieren dauern fort.

— Die Friedensbedingungen des Balkanbundes finden auf Seiten der Mächte eine ungünstige Aufnahme, da die Bedingungen als zu schroff erachtet werden. Speziell hat die Botschafterkonferenz in London die Friedensbedingungen der Verbündeten als übertrieben bezeichnet, doch neigt man in den Londoner Botschafterkreisen zu der Ansicht, daß schließlich die Möglichkeit einer Ver-